

Berantwortliche Redakteure
Für den politischen Theil:
C. Fontane,
für Beilettion und Vermischtes:
J. Roemer,
Für den übrigen redaktionellen Theil:
H. Schmiedehaus,
vömmlich in Posen.
Berantwortlich für den
Inseratentheil:
O. Körre in Posen.

Abend-Ausgabe.

Posener Zeitung.

Semestraumjahr

Jahrgang.

Mr. 865.

Die „Posener Zeitung“ erscheint täglich drei Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung, sowie alle Postämter des Deutschen Reiches an.

Amtliches.

Berlin, 9. Dezember. Der Kaiser hat im Namen des Reichs den bisherigen Bize-Konsul in London, Schle, zum Konsul in Singapur ernannt.

Der Postinspektor Annuske in Berlin ist zum Geheimen eingesetzten Sekretär und Kalkulator im Reichs-Postamt ernannt worden.

Der König hat dem Kreis-Physikus Rath Dr. Wallrich zu Altona den Charakter als Geheimer Sanitäts-Rath verliehen.

Der Ober-Förstmeister Guse zu Rassel ist auf die durch Benennung des Ober-Förstmeisters Tramnig erledigte Oberförstmeistersstelle bei der Königlichen Regierung zu Frankfurt a. O. versetzt worden. Der Forst-Hofschor Otto ist zum Oberförster ernannt und demselben die durch Benennung des Oberförsters Blümke erledigte Oberförstmeistersstelle zu Neuzwalde im Regierungsbezirk Königsberg übertragen worden.

Der bisherige Ober-Bandessgerichts-Sekretär Engelhardt aus Köln ist zum Geheimen eingesetzten Kalkulator bei der Königlichen Ober-Rechnungskammer ernannt worden.

Deutscher Reichstag.

33. Sitzung vom 9. Dezember, 12 Uhr.

Die zweite Beratung des Gesetzes der Zölle und Verbrauchssteuern wird fortgesetzt beim Titel „Tabaksteuer.“

Abg. Kröber (B.-P.): Wie bei den Böllen, so habe ich auch bei der Tabaksteuer den Wunsch: Fort mit der Tabaksteuer! Früher, wo nur eine kleine Verbrauchsabgabe von Tabak gefordert wurde, hatten wir einen blühenden Tabakbau in Süddeutschland. Jetzt kämpfen die Tabakbauern um ihre Existenz. Der Export hat sich außerordentlich verminderd. Unter der jetzigen Tabaksteuer ist ein gedecklicher Tabakbau unmöglich. Heben wir sie auf — das ist der Wunsch aller Tabakbauer.

Abg. Müller (Kons.): Die Reichsregierung stellt bei der Tabaksteuer immer noch zu sehr das finanzielle Interesse des Reichs an diesem soll auf den Hintergrund, wenn sie sich lediglich deshalb gegen einen höheren Zoll auf ausländischen Tabak sträubt, weil der Import und in Folge davon das Bollerträge darunter leiden könnte. Ohne genügenden Schutz aber kann der deutsche Tabak mit dem ausländischen nicht konkurrieren, und der deutsche Tabakbau muß zu Grunde gehen. Der Tabakbau verdient doch ebenso gut Berücksichtigung wie die Zuckerproduktion, und um so mehr als hier die Bedenken, die gegen die Kontingentierung beim Zucker geltend gemacht wurden, beim Tabak wegfallen, da hier nicht große Grundbesitzer, sondern nur arme Bauern in Betracht kommen. Die Rücksicht auf diese Leute müßte die Regierung veranlassen, ihnen rein finanziellen Standpunkt zu verlassen. Auch sonst wären Ermäßigungen und eine bessere Regelung der Steuer auf inländischen Tabak angezeigt, z. B. in Bezug auf prozentuale Steuererleichterungen für verbagelten Tabak. Eine grundlegende Änderung des jetzigen Tabaksteuersystems werden die Tabakproduzenten garnicht verlangen. (Beifall links.)

Abg. Scipio (nl.): Die Qualität des Tabaks hängt von mannlichen Umständen ab und in Folge dessen schwankt der Preis des Tabaks ungemein. Die Petitionen der Tabakbauern um Herabsetzung der Steuerafse sind deswegen so berechtigt, weil der Steuer wegen sich oft, z. B. im Fall einer Verbagelung, der Verlauf sich nicht lohnt. Es sollte daher überhaupt nur der Tabak, der in den Konsum gelangt, von der Steuer getroffen werden, nicht der geerntete. Allein durch die Fermentation verliert der Tabak schon bis 20 Prozent seines Gewichtes. Das wird vom Tabakhändler sehr wohl berechnet, die Veranlagung der vom Tabakbauer aufzubringenden Steuer nimmt aber keine Rücksicht darauf. Ich richte daher an die verbündeten Regierungen die Bitte, die wirtschaftliche Unzulänglichkeit der bisherigen Steuerafse zu prüfen, vor Alem mit Bezug auf etwa eintretenden Hagelschlag und mit besonderer Berücksichtigung der Fermentation.

Abg. Grad (El.) wünscht nicht eine Erniedrigung der Steuerafse, sondern eine Ermäßigung der Steuerverwaltung, und hält die Zustände unter der Herrschaft des Tabakmonopols für unträglicher als die jetzigen.

Abg. Schulz-Lupiz (Reichsp.) ist der Ansicht, daß der deutsche Tabak mit dem exotischen Vergleich aushalten könne, und richtet daher an die verbündeten Regierungen die Bitte, den fiskalischen Standpunkt bei der Besteuerung nicht zu sehr zu betonen.

Abg. Delius (nl.) bittet um baldmöglichste Vorlage eines Tabaksteuergesetzes.

Staatssekretär Frhr. v. Malyahn: Bei Erörterung dieser Fragen muß man in Betracht ziehen, daß in Folge der gestiegenen Wohlhabenheit eine Rendierung der Geschäftssrichtung eingetreten ist, daß jetzt viel mehr Leute ausländische Tabake rauchen wollen und können. Das hat natürlich schädlich auf den Anbau gewirkt. Hinsichtlich des neuen Steuergesetzes sind die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen. Ich halte deswegen mit meiner persönlichen Meinung ausdrücklich. Wenn von verschiedenen Seiten die Bitte ausgesprochen wurde, den fiskalischen Gesichtspunkt nicht zu sehr zu betonen, so entgegne ich, daß die Steuer- und Zolleinnahmen einen Theil der gesetzlich gegebenen Grundlagen unserer Reichsfinanzen bilden. Ich glaube nicht, daß ich als Staatssekretär den fiskalischen Gesichtspunkt außer Acht lassen darf.

Abg. Frhr. v. Stauffenberg (Dfc.): Es ist richtig, daß eine Rendierung der Geschäftssrichtung eingetreten ist, die sich in keiner Weise reglementieren läßt. Daraus erklärt sich auch der Rückgang des Rauchtabakkonsums. Ich erkenne weiter an, daß der fiskalische Gesichtspunkt nicht außer Acht zu lassen ist; aber desseßtzt darf nicht erster und einziger Standpunkt sein und eine große und unnötige Belastigung mit sich bringen. Ich fürchte jedoch, daß es nicht möglich ist, auf Grund des jetzt bestehenden Gesetzes zu befriedigenden Zuständen zu kommen. Die Einwendungen, die gegen einzelne Bestimmungen des Gesetzes gemacht werden, lassen sich nur bei einem neuen Gesetz beseitigen. Ich halte eine Revision der gesetzlichen Bestimmungen für durchaus notwendig und bitte die verbündeten Regie-

Dienstag, 10. Dezember.

Inserate, die sechsgesparte Petitzeile oder deren Raum in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite 30 Pf., in der Abendausgabe 30 Pf., an bevorzugter Stelle entsprechend höher, werden in der Exposition für die Abendausgabe bis 11 Uhr Vormittags, für die Morgenausgabe bis 6 Uhr Nachm. angenommen.

1889.

ungen, ihr Wohlwollen diesem letzteren Punkte zuzuwenden. (Beifall links.)

Abg. Schulz-Lupiz (kons.): betont, daß der Tabakbau sich gegenwärtig in einer Umwälzung, im Übergang vom Quantumbau zum Qualitätsbau befindet und in diesem Stadium des äußersten Entgegenkommens bedürfe. Damit schließt die Diskussion.

Der Titel wird bewilligt.

Zu Titel 3 „Zuckersteuer“ führt Abg. Dr. Witte (dfr.) aus (auf der Tribüne sehr schwer verständlich): Für das gesamte wirtschaftspolitische System, unter dem wir regiert werden, ist in höchstem Grade bezeichnend die Zuckersteuer. Es ist bereits öfter ausgesprochen worden, daß die Einnahmen aus der Materialsteuer durch Brämen völlig aufgezehrt werden. Ich siehe noch auf dem früher vertretenen Standpunkt und würde die Einführung einer Fabrikat- oder Konsumsteuer für einen unleugbaren Fortschritt halten. Die Volksvertretung wird genau zu prüfen haben, ob es nach der Entwicklung der Industrie nicht nothwendig ist, die Rübsteuer aufzuheben, und zwar so schnell als möglich. Es werden immer noch mehr Ausfuhrprämien gezahlt als an Materialsteuer eingehen. 1888/89 wurde eine Rübsteuer erhoben von 6,46 M., zurückverglüht wurde 850 M., also es wurde eine Nettoprämie von 3,04 Mark pro Doppelzentner gezahlt. Im Ganzen ist die gezahlte Nettoprämie auf gegen 20 Millionen Mark zu schätzen. Auch für das Jahr 1889/90 wird ein Fehlbetrag angenommen und es ist noch sehr fraglich, ob der im Etat vorausgesetzte Anschlag erreicht wird. Für das Jahr 1890 ergibt sich schon aus den jetzt vorliegenden Resultaten, daß das im Etat angenommene Quantum absolut falsch gegriffen ist. Genaue Angaben lassen sich allerdings noch nicht machen, aber man kann doch annehmen, daß vielleicht 20 Millionen Doppel-Zentner Rüben mehr zur Verarbeitung kommen werden. Zugem ist der Ertrag der Rüben in diesem Jahr viel größer wie früher, so daß auch um deswillen schon ein erhebliches Mehr an Zucker zu erwarten ist. So ergibt z. B. schon der Oktober dieses Jahres einen Wehrtvertrag von über ½ Million, die ersten drei Monate von über eine Million gegen dieselbe des Vorjahrs. Auch hier wird daher das Verhältnis zwischen Steuer und Bräme sich nicht in entsprechender Weise ausgleichen.

Eine Aenderung der Rübzenzuckersteuer liegt hauptsächlich im Interesse der Landwirtschaft und der Zuckerindustrie selbst, und es ist wunderbar, mit welcher Hartnäckigkeit sich gerade der Minister der Landwirtschaft einer Aenderung widerstellt. Allerdings hat er 1886 schon eine Mahnung an die Landwirthe gerichtet gegen die unangemessene Ausdehnung des Rübbaues, also gegen die Überproduktion von Zucker, die zu großen Krisen führen könnte. Diese Überproduktion ist viel schneller eingetreten, als zu erwarten stand. Wir befinden uns in einer Entwicklung, die die schwierigsten Krisen hervorrufen muß. Deshalb lädt die Regierung eine schwere Verantwortung auf sich, wenn sie auf das Inkubentreten der Londoner Konvention bis 1891 wartet will. Ich wünsche lebhaft, daß die Konvention zu Stande kommt. Wird sie von allen Staaten ausgeführt, dann werden sie zu einer Aufhebung des Exportprämienwesens kommen. Die Regierung kann die Zuckerindustrie nicht ohne Weiteres ihrer natürlichen Entwicklung überlassen und bei derselben den Glauben erwecken, daß, wenn die Konvention nicht zu Stande kommen sollte, es beim Alten bleibt. Das kann sie nicht verantworten. Aus diesen Gründen müssen wir mit Ernst und Entschiedenheit in die Frage eintreten, ob nicht schon jetzt die Rübzenzuckersteuer aufgehoben werden kann. (Beifall links.)

Schatzsekretär v. Malyahn-Guly: Die Frage, ob die Londoner Konvention ins Leben treten wird oder nicht, wird im Laufe des nächsten Sommers entschieden werden.

Abg. Fürst Hayfeld (Reichsp.): Die Gefahr für die Zuckerindustrie liegt in der That in der Überproduktion. Heute aber können wir keine Einschöpfung treffen, wir müssen eben abwarten, ob die Londoner Konvention zu Stande kommt. Kommt sie nicht zu Stande, dann kann es aber auf die alte Weise nicht mehr weiter gehen. (Zustimmung links.) Hierzu ist vom Abg. v. Kardorff der Vorschlag gemacht worden, eine feste Exportprämie von einer Mark pro Doppelzentner zu geben, die nach dem Verhältnis der Produktion an die Interessenten zu vertheilen sei. Dieser Gedanke wäre zu erwägen.

Damit schließt die Diskussion. Der Titel wird bewilligt, desgleichen der Titel betr. die Salzsteuer.

Zu Titel 5 „Brantweinsteu“ stellt

Abg. Schulz-Lupiz (kons.): den verbündeten Regierungen anheim, doch eine weitere Ermäßigung der Steuern den kleineren Brennereibetrieben zu Theil werden zu lassen, da doch eine Kontingentierung nicht zu vermeiden sei. Das sei um so notwendiger, als die diesjährige Kartoffelernte keine gute sei. Und der Kartoffelbau sei für den Sandboden ganz Norddeutschlands weit wichtiger als der Bau jeder anderen Feldfrucht.

Abg. Blankenhorn (nl.) regt Ermäßigungen in den gesetzlichen Bestimmungen für Brennereien an, da bei dem jetzigen Zustande die kleineren süddeutschen Qualitäts-Brennereien sehr littten, z. B. in Bezug auf die Anmeldefristen etc. Das sei nötig, da in diesem Jahre eine schlechte Obst- und Weinernte gewesen ist. Für die bisherigen Ermäßigungen spreche er im Namen der süddeutschen Brenner der Regierung seinen Dank aus.

Abg. v. Christen (Reichsp.) wünscht, daß den Rautabakfabrikanten die steuerfreie Verwendung des Spiritus für ihr Fabrikat gestattet werde.

Abg. Kalle (nl.): Die kleinen Kartoffelbrennereien leiden unter dem jetzigen gesetzlichen Zustand, besonders den Kontingentierungsbestimmungen, schwer und ich erwarte, daß die verbündeten Regierungen an eine Aenderung der jetzigen gesetzlichen Bestimmungen bald möglichst herantreten werden.

Staatssekretär Frhr. v. Malyahn: Wir haben die Lage der Kleinbrenner wohl im Auge gehabt. Bei der Erneuerung des Kontingents nach drei Jahren hoffe ich, wird bis zu einem gewissen Grade den Beschwerden der Brenner abgeholfen werden können. In welchem Maße das der Fall sein wird, kann ich jetzt noch nicht sagen. Jedermann kann nicht über die festen Schranken des Gesetzes hinweggehen.

Die Anfrage des Herrn v. Christen kann ich nicht beantworten. Wir werden in Erwägung ziehen, ob sich eine derartige Auslegung der gewerblichen Bestimmungen rechtfertigen läßt; bis jetzt aber hat

die Sache dem Bundesrat noch nicht vorgelegen, und daher ist auch kein Bundesratsbeschluß darüber gefaßt worden.

Abg. Samy (l.): Die Beschwerden der Kleinbrennereien scheinen in der That nicht unberechtigt zu sein; denn bei der Kontingentierung sind sie infolge schlechter als die Großbrennereien weggekommen, als bei der Kontingentierung die Maischraumsteuer zu Grunde gelegt ist. Zur Aufrechterhaltung des Kartoffelbaus ist eine Ermäßigung geboten. Ein Mißstand hat sich herausgestellt bei Bewertung der Zeit, in welcher der Betrieb stattfinden muß, um den Brennereien den Charakter einer landwirtschaftlichen Brennerei zu geben. Durch diese Bestimmungen sind in diesem Jahre in Folge früherer Entscheidung der Kartoffelbrenner geschädigt. Man muß hauptsächlich das landwirtschaftliche Bedürfnis und weniger die industriellen Unternehmungen in Betracht ziehen.

Im Interesse namentlich der Kleinbrenner wird es zu diesem Zwecke nicht unbillig sein, das Kontingent des Spiritus wesentlich zu erhöhen. Man könnte erwägen, ob man hierbei nicht die Bevölkerungszunahme zu Grunde legen soll, da doch das Bedürfnis mit jeder solchen Zunahme steigt. Auf jeden Fall aber würde eine Erhöhung um etwa 20 Prozent schon jetzt gerechtfertigt erscheinen.

Uebrigens ist anzuerkennen, daß das Gesetz bereits seinen Zweck der Konsumverminderung erfüllt hat. Der Konsum ist um eine Summe zurückgegangen, die der durch die Steuer verursachten Steigerung des Preises des verbrauchten Brantweins ziemlich genau entspricht. Dadurch ist auch eine Benachteiligung der Konsumenten vermieden worden, da diese in Wirklichkeit nicht mehr für Brantwein ausgeben als früher und nur ein Drittel des bisherigen Konsums entbehren; das macht aber doch nicht viel aus.

Abg. Szmul (str.): Eine Enquete über die Hebung des Kartoffelbaus in der von Herrn Schulz angedeuteten Richtung halte ich nicht für nützlich; solche Enquêtes, wie die Arbeiterschutzenquête haben doch keinen rechten Erfolg; ein Initiativvorschlag ist besser. Uebrigens hat der Kartoffelbau in den letzten Jahren abgenommen. Troyden ist in der Spiritusproduktion eine schädliche Überproduktion vorhanden, und auch hier eine Mahnung zur Einschränkung am Platze. Ja allen Ländern ist gleichfalls eine große Spiritusproduktion, deshalb werden wir Exportländern nicht leicht finden. Das beste Geschäft machen jetzt die großen Spiritusfabriken, die kaum im Stande sind, ihr Kontingent abzubrennen. Hier muß durch Herabsetzung des Kontingents zurückgedrängt werden. Eine andere Folge des Sprungs ins Dunkle, den wir bei dem letzten Gesetz gemacht haben, ist der kolossale Aufschwung der Defefabriken, der in keinem Verhältnis zum Werthe dieser Industrie steht. Wichtig ist auch die Erwähnung, ob Brennereibetriebe die ihnen zugewiesene Rohtingent, wenn es ihnen zu hoch ist, an andere Fabriken abgeben dürfen.

Im Ganzen ist eine Erhöhung des Kontingents der Brenner erwünscht, mit dem die gewünschte Vermehrung des Kartoffelbaus korrespondieren müßte. Durch die Kartoffeln wird ja auch ein sehr gesundes Nahrungsmittel geschaffen, wie der kräftige Schlag der Ober-schleifer beweist. Eine Erhöhung des Kontingents um 20 Prozent ist wohl nicht zu hoch bemessen.

Abg. Richter (dfr.): Bis jetzt haben nur Parteien gesprochen, welche die Verantwortlichkeit für das Gesetz übernommen haben. Es war mir interessant, von Ihnen Klagen zu vernehmen schon jetzt, nachdem das Gesetz kaum zwei Jahre in Kraft ist. Wenn damals nicht mit einer gewissen Begeisterung jener „große Sprung ins Dunkle“ gemacht wäre, wären einzelne Beschwerden, die auch ich gerechtfertigt halte, nicht vorhanden. Es ist viel leichter ein Gesetz zu machen, als ein bestehendes abzuändern. Sie haben alle gesprochen über Beschwerden kleiner Interessentenkreise, niemand hat ein Wort über die große Belastung, welche die Konsumenten, namentlich die arbeitenden Klassen (Ahal rechts) zu tragen haben. Wer anders bezahlt denn die 124 Millionen des Reiches aus dieser Steuer, die Liebesgabe von 41½ Millionen an die 3000 Gutsbrenner, als die große Menge der Bevölkerung, vorzugsweise die Arbeiter? Die Konsumenten haben sich nicht nur um ein Drittel des Konsums einschränken müssen, sie bezahlen auch die übrigen zwei Drittel viel teurer, als vorher drei Drittel. Die Belastung einer gewöhnlichen Arbeiterfamilie beträgt etwa 14 Mark jährlich; denselben steht eine Entlastung nicht gegenüber.

Für die Kleinbrenner hat Herr Miquel als Folge des Gesetzes eine lohnende Ausübung ihres Betriebes prophezeit. Das gerade Gegenteil ist von uns vorausgesagt und nunmehr eingetreten. Sämtliche Brennereien haben diese Thatsache ausgesprochen. Die Regierung hat sich darauf mit der allgemeinen Erklärung begnügt, sie wolle für die kleinen Brennereien etwas zu thun suchen. Wie sie dies machen will, hat sie aber nicht gesagt, und das ganze Gesetz ist auch derart auf die großen Gutsbrennereien zugeschnitten, daß eine Ermäßigung der mittleren oder kleineren Betriebe überhaupt nicht möglich ist, ohne die Grundlage des ganzen Gesetzes zu zerstören.

Dass der Kartoffelbau abgenommen hat, ist vollkommen unrichtig. Auf Wunsch unserer Behörden wird die Ernte möglichst genau gemessen und gezählt, und aus den auf dieser Grundlage veröffentlichten statistischen Büchern ergibt sich, daß der Kartoffelbau gar nicht abgenommen, sondern seit Erlass des Brantweinstegergesetzes noch zugenommen hat. Auch der Bericht der Steuerbehörde für das erste Jahr nach Erlass des Gesetzes für das Jahr 1887/88 über die Wirkungen des Gesetzes bestätigt das Gegenteil. Die Direktiobehörden berichten ausdrücklich, daß es gar keine Schwierigkeiten gefunden, die Kartoffeln, die von den Brennern weniger verwendet werden, theils zu sehr lohnenden Preisen, theils zu Futterungskosten in rentabler Weise zu verwenden. Unrichtig ist auch, daß die Brennereien nur ihr Kontingent abbrennen, nicht mehr. Das Gegenteil ist der Fall. Die von den Behörden alle Bieterjahre veröffentlichten Statistiken ergeben, daß schon eine größere Menge produziert ist, die zu 70 Mark versteuert wurde. Für die niedrigen Kartoffelpreise ist der Hauptgrund auch die günstige Ernte des Jahres. Nach der in diesen Tagen veröffentlichten Statistik sind allein in Preußen 27 Mill. Doppelzentner mehr produziert worden als im Vorjahr — 167 gegen 140 Millionen — und allein das preußische Quantum reicht aus zur Herstellung des sämtlichen Trinkspiritus, der gegenwärtig konsumiert wird. Dabei müssen sich natürlich die Preise niedriger stellen als vorher. Das diesen niedrigen Preisen auch ein höheres Quantum von Früchten gegenübersteht, verschweigen die Herren freilich.

Bei Herrn Schulz-Lupiz vermissen ich jede Andeutung darüber, wie

der Abgeordnete sich die Hebung des Kartoffelbaus denkt. Auch wir haben ein Interesse an der Hebung des Kartoffelbaus, da sich leider durch die Getreidezölle das Korn so verheuert hat, daß ein großer Theil der Bevölkerung mehr zur Kartoffelnahrung übergehen muß, als es der Gesundheit zuträglich ist. Herr Szimula verwies zwar auf die gesunden Überschläfer. Aus seiner Provinz aber ist die Sachsgängerei stärker, als hier; Überall ist zudem das klassische Land des Hungertypus. Die Kartoffelnahrung macht weniger widerstandsfähig gegen Krankheit als konstanztere Nahrung.

Die agrarische Begehrlichkeit tritt in den Wünschen hervor, die Anerkennung der Kontingentierung wieder rücksichtslos hervor. Man ist unzufrieden mit der Kontingentierung, weil sie den Gutsbesitzern nicht genug giebt, man will das Privilegium auf den kleinen Kreis der Brenner beschränken, die jetzt an den 40 Millionen beteiligt sind, und eine Konkurrenz neu zu begründender Brennereien, die nach dem Gesetz statthaft wäre, ausschließen. Eine Erweiterung der Theilnehmerzahl mit Ablauf der drei Jahre Ende Oktober 1890 ist zulässig. Man wünscht nur solche Beschränkungen, die eine Theilnahme neuer Brenner an den 40 Millionen unmöglich machen. Ohnedies treten schon jetzt nur wenige Brennereien neu hinzu, und wir dürfen diese Konkurrenz nicht durch künstliche Begriffsauflistung noch mehr beschränken. Weiters will man die gewerblichen Brennereien noch schlechter stellen gegenüber den Gutsbrennereien, als es schon jetzt der Fall ist. Die Herren Agrarier halten sich auf über die Gründung einer gewerblichen Brennerei, deren Alters zum Kurs von 125 ausgelegt werden. So, was beweist denn die Auslegung zu einem höheren Kurs für einen späteren Gewinn? Dann möchte man sich ja nur an solchen Gründungen beteiligen, die zum höchsten Kurs ausgelegt werden. Wenn aber auch wirklich die gewerblichen Brennereien höheren Gewinn gehabt haben, dann auch nicht viele landwirtschaftliche Güter große Überschüsse, namentlich durch Nebenbetrieb von Gewerben? Herr Kamp will die Kontingentie Summe noch weiter erhöhen, d. h. die Biedesgabe für die Brenner noch vergrößern. Die von Herrn Szimula verlangte Erhöhung um 20 Prozent beträgt rund 400 000 Liter, die bei der Erhöhung des Kontingents mit 8 Millionen Mark weniger zu versteuern wären, die aus der Reichskasse genommen werden sollen, um sie den Brennern zu den erhaltenen 41 Millionen noch hinzu zu geben. Da sprechen die Herren noch von der wohlthätigen Absicht, die sie bei der Banknovelle zu Gunsten der Steuerzahler verfolgt hätten, und machen ein Wesen aus dem Antrag Huxels, der dem Reich höchstens 3-400 000 Mark jährlich zugebracht hätte, also noch nicht den zwanzigsten Theil von demjenigen, was sie den Gutsbrennern jährlich aus der Reichskasse zuwenden wollen.

Noch weiter geht der Gedanke, das Prinzip auszusprechen, daß sich die Kontingenten Summen von selber mit dem Wachsen der Bevölkerung jährlich erhöht. Dabei wird natürlich auch wieder vorausgesetzt, daß man keine neuen Brennereien zuläßt. Das ist eine Widerverstellung des Zwangs- und Bannrechts im Interesse einzelner großen Kläfen auf Kosten der Allgemeinheit, wie sie nicht draftedischer und rücksichtsloser gedacht werden kann. (Unruhe rechts.) Ich freue mich, daß das jetzt offen und unverhüllt ausgesprochen ist. (Vehmuster Beifall links, Bischen rechts.)

Abg. Scipio (nl.): Für die gesetzgebenden Faktoren soll nicht der finanzielle Gesichtspunkt bei der Brantweinsteuern in den Vordergrund gestellt werden, sondern die Kleinbrennereien müssen so gestellt werden, daß sie gut bestehen können. Bei der Kontingentierung sind die Kleinbrenner & schlechter gefahren. Eine Benachteiligung der Kleinbrenner war allerdings nicht zu vermeiden; denn bei Übergangszuständen, wie sie nach Einführung von neuen Gesetzen eintreten, werden leider die schlechteren Situationen immer schwerer betroffen als die wirtschaftlich Stärkeren. Auch den Hefbrennereien gegenüber sind die Brenner, welche ihren Brantwein aus Korn durch Maischen herstellen, im Nachteil. Solche Nachtheile müssen jetzt ausgeglichen werden.

Abg. v. Kardorff (Rp.): Herr Kamp hat in Bezug auf die Kontingentierung lediglich in seinem eigenen Namen, nicht im Einverständnis mit uns gesprochen. Ich bestreite, daß eine sehr erhebliche Versteuerung des Brantweins eingetragen ist. Das ist nur in kleinen Grenzen der Fall. Schaden haben fast nur die Detailisten. Die Verminderung des Konsums ist ein Segen fürs Land. Vor Erlass des Gesetzes waren die Brenner, namentlich in Ostpreußen, kaum noch im Stande zu produzieren, da der Preis des Brantweins zu niedrig war. Ich betrachte das Gesetz, das Ihnen jetzt einen gewissen Erhaltungszustand garantiert als ein Glück, ganz abgesehen von den erhöhten Einnahmen des Reichs. Durch letztere ist es nur möglich geworden, die Wehrkraft des Landes auszustatten, und durch die Überweisungen an die Einzelstaaten ist es möglich geworden, Erleichterungen für die unteren Klassen, wie Aufhebung des Schulgeldes, zu treffen. Nichts hat der Fortschrittspartei so sehr geschadet, wie ihre Opposition gegen die heutige Wirtschaftspolitik. Vor gestern, als Herr Ritter eine große Rede gegen die Böle hielt, ist ein entschiedener Vertreter derselben, Graf Canitz, in Ostpreußen mit einer erdrückenden Majorität gewählt worden. Das Land will diese Wirtschaftspolitik haben und nicht die der deutschfreundigen Partei. (Beifall rechts.)

Abg. Woermann (nl.) tritt für die Erhaltung der Exportfähigkeit großer Hamburger Spiritusfabriken ein, die für gewerbliche Zwecke, namentlich für Gif- und Preßgefäßfertigung von hoher Bedeutung seien. Bei einer Neuregelung des Gesetzes müsse der Bundesrat entsprechend dem Hamburger Bollanschlusvertrag diese berücksichtigen.

Abg. Schulz (Lipig) findet den Hauptgrund für die ungünstige Lage der kleinen Bauern in dem Rückgang der Kartoffelproduktion, die tatsächlich doch vorhanden sei. Was die Ursache hierfür sei, müsse durch eine Enquête festgestellt werden.

Abg. Kalle (nl.) weist darauf hin, daß gerade die Fortschrittspartei die größere Heranziehung des Brantweins zu Steuern früher gewünscht habe. Die Abg. Bille und Meyer hätten bei der Beratung des preußischen Schankwirthschaftsgesetzes die Meinung vertreten, der Brantwein müsse so getroffen werden, wie er es verdiente.

Abg. Szimula (Centr.) hält seine Ansicht, daß der Kartoffelbau zurückgegangen sei, aufrecht. Die landwirtschaftlichen Vereine möchten oft zu hohe Angaben. Die Einführung der Steuer halte er aus moralischen Interessen für gut. Der Trunkenheitsaufstand auf dem Lande habe sich seit Erlass des Gesetzes gemindert. Die landwirtschaftlichen Brenner könnten gar keine "Ringe" bilden, wie das die Fleischer, Bäcker u. s. m., zum Schaden der Landwirtschaft hätten. Das Überbleiben des Landes des Hungertypus ist, müßt er bestreiten. 1847 sei allerdings derselbe dort aufgetreten, aber nicht weit zu viel, sondern weit zu wenig Kartoffeln wegen einer schlechten Ernte damals vorhanden waren.

Schatzsekretär Frhr. v. Malzahn: Auf alle hier vorgebrachten Einzelheiten kann ich gegenwärtig nicht eingehen, ich betone, daß innerhalb des Rahmens des letzten Gesetzes für die kleinen Brenner auch betreffs der Kontingentierung das gethan ist, was möglich war. In Preußen hat der Finanzminister bereits die Errichtung zur Aufnahme des Beitrages für kleine landwirtschaftliche Brennereien vor dem 1. Oktober ertheilt.

Abg. Ritter (dfr.): Gegen Herrn Woermann muß ich bemerkten, daß der ganze Abfall des deutschen Spiritusexports noch nicht ein Zwangsmittel des Kartoffelbaus im Lande beträgt. Wollen Sie, daß andere Länder dem deutschen Spiritus ihre Einfuhr öffnen, so müssen Sie dazu beitragen, daß die Wirtschaftspolitik geändert wird, Handelsverträge nach dem Muster des spanischen geschlossen und die Schatzzölle herabgesetzt werden.

Herr v. Kardorff sagt, daß nur die Schänker Nachtheile vom Gesetz haben. Die Händler sind doch aber gewissermaßen auch Menschen und schänken doch nur dasjenige aus, was die großen Brenner brennen. So ganz unmoralisch können sie denn doch auch nicht sein. (Sehr gut! links.) Eben so gut wie diese könnten sie Entschädigung für ihren verminderten Absatz verlangen. Das das Steuergesetz eine Abnahme der

Trunkucht zur Folge gehabt habe, glaube ich kaum, denn es ist ein Trunkuchtgebot dringend verlangt worden, gerade weil in der letzten Zeit die Trunkucht zunommen hat. Wenn über die Unrentabilität der Spiritusbrennereien geklagt wird, so wird bei den Berechnungen als Einnahme die Schlempe nicht mitgerechnet.

Die Herren sprechen so viel von Einschränkung der Produktion. In den Vereinen versprechen die Interessenten immer stolz, im Interesse der Gemeinsamkeit den Kartoffelbau einzuschränken; nachher leidet man immer Klagen, daß die Mehrzahl sich dazu nur verpflichtet habe in der Erwartung, daß der Kollege seinen Kartoffelbau einschränke werde. (Weiterheit links.)

Eine Besteuerung des Brantweins haben wir allerdings früher befürwortet, aber bevor noch die hohe Belastung von 200 Millionen mit indirekten Steuern und Zöllen vorhanden war, und auch niemals eine so hohe Belastung, wie sie in dem gegenwärtigen Brantweinsteuergesetz geschaffen ist. Die erhöhte Heerespräsenz und Ueberzeugungen an die Schulverbände sind kein genügender Grund für die Einführung der Brantweinsteuern. Denn Preußen z. B. hatte 1877 auch ohne die Brantweinsteuern Mittel genug, um trotz der hohen Matrularbeiträgen noch einen Überschuss abzuwerfen.

Die jetzige Wahl eines Konservativen in Ostpreußen beweist nichts für die Abschauungen des Volkes über die Wirtschaftspolitik, weil in Ostpreußen eben ganz eigenhümliche Verbündete herrschen und dieser Wahlkreis immer konservativ vertreten war. Wenn dort wirklich alle Schichten der Bevölkerung begeistert wären für die neue Wirtschaftspolitik, wie kommt es dann, daß die Regierung nach wie vor glaubt, allerlei Mittel anwenden zu müssen, um der Volksstimme bei den Wahls nachzuhelfen.

Damit schließt die Diskussion. Der Titel wird bewilligt, ebenso der Rest des Gesetzes.

Zum Statistiken der Stempelabgaben von Lottierloosen bemerkte

Abg. Ritter: Wie dieser Titel ergiebt, werden durchschnittlich jährlich in Deutschland für 10 Millionen Mark Looose von Brantweinsteuern ausgegeben, welche dem Reich, mit 5 Prozent steuerfrei sind. Dem Vernehmen nach plant man jetzt zur Niederlegung der Schloßfreiheit und zur Gewinnung eines Platzes für das Kaiser Wilhelm. Den künftigen eine große Lotterie, deren Looose einen Gesamtwerth von 40 Millionen Mark haben sollen. Diese Lotterie würde also größer sein, als alle Brantweinsteuern Deutschlands während der letzten drei Jahre zusammengekommen. Die Stempelabgaben hierzu würden zwei Millionen Mark betragen. Es könnte fraglich erscheinen, ob diese zwei Millionen für das Geschäftsjahr 1890/91 hier eingestellt wären. Mir widerstrebt es aber derartig anzuregen, da ich zur Ehre unseres Landes nicht annehmen möchte, daß sich eine Staatsbehörde finden wird, bereit, die Verantwortung zu übernehmen dafür, daß das Kaiserreich in Berlin und das Andenken an Kaiser Wilhelm in Verbindung gebracht wird mit der Veranstaltung eines Glückspiels, mit einer Spekulation auf die Ausbeutung der Gewinnsucht, mit dem Versuch, unter dem Deckmantel des Patriotismus die Spielucht in weite Kreise der Bevölkerung zu tragen, die der selben bisher fern geblieben sind.

Es meldet sich Niemand weiter zum Wort, der Titel wird bewilligt.

Hierauf verzogt sich das Haus auf Dienstag 12 Uhr. (Stat der Reichspost- und Telegraphenverwaltung.)

Schluß 5 Uhr.

Deutschland.

Berlin, 9. Dezember. Da die Berichte aus dem westfälischen Kohlenrevier deutlich erkennen lassen, daß die Nachgiebigkeit der Grubeneigentümer, soweit es sich um die Aufhebung der Sperrre handelt, in der Hauptsache nicht sowohl der Einkennnis der Ungerechtigkeit dieser Maßregel, als der energischen Einwirkung der Regierung zu danken ist, so kann man das Misstrauen in die loyalen Ausführungen der Beschlüsse des Vereins für die bergbaulichen Interessen, welches in dem Beschuß, die endgültige Entscheidung über die Streitfrage bis zum 15. zu verlagen, deutlich hervortritt, nicht ganz ungerechtfertigt finden. Die Bergarbeiter haben ja die Erfahrung bereits machen müssen, daß der größere Theil der Erfolge, die sie durch den letzten Streik erzielt zu haben glaubten, durch die Einführung der Sperrre, d. h. durch das Festhalten des Arbeiters an der Arbeitsstelle, an der er sich gerade befindet, illogisch gemacht worden ist. Zudem muß diese Maßregel, die in dem Beschuß des bergbaulichen Vereins, wenn auch nur in bedingter Weise zugestanden wird, dahin führen, das Verhältnis von Nachfrage und Angebot zu Ungunsten des Arbeiters zu durchbrechen. Es ist nicht gerade schmeichelhaft für die westfälischen Grubeneigentümer, daß es erst einer Intervention der Behörden bedurfte, um sie zu Zugeständnissen an die Arbeiter zu veranlassen, deren Notwendigkeit allseits anerkannt worden ist und die das einzige Mittel waren, einen neuen, doch auch für die Arbeitgeber ruinösen Streit zu vermeiden. Daz dieser Streik nicht, wie man vielfach geglaubt hat, nur ein partieller sein werde, haben die Verhandlungen der Bergarbeiterversammlungen in Essen, Dortmund und Gelsenkirchen mit genügender Deutlichkeit erkennen lassen. — Obgleich der Bundesrat bereits am vorigen Donnerstag über die Vorlage betr. die subventionierte Dampferlinie nach Ostafrika und zwar angeblich ohne jede Abänderung derselben Beschuß gefaßt hat, war der Gesetzentwurf wenigstens bis heute Mittag dem Reichstage noch nicht zugegangen. Man glaubt, daß es sich bei dieser Verzögerung lediglich um formale Anlässe (Abwesenheit des Kaisers etc.) handelt. Indessen muß man doch in Betracht ziehen, daß die Verspätung der Vorlage schon jetzt die Wirkung gehabt hat, die Durchsetzung derselben vor den Ferien unmöglich zu machen. — Je mehr der Reichstag sich dem Zeitpunkte der Vertragung nähert, um so geringer scheint die Beilettigung an den Verhandlungen zu werden. Wenigstens waren in der heutigen Sitzung kaum mehr als 80 Mitglieder anwesend. Die Verhandlungen über den Etat der Zölle und Verbrauchssteuern waren wohl allerdings in der Hauptsache ohne praktische Bedeutung. Für die Revision der Tabaksteuer im Interesse des deutschen Tabakbaus fehlte es nicht an wohlwollenden Ermahnungen an die Adresse der Regierung, aber die Aussicht, daß diese Wünsche in Erfüllung gehen, ist vorläufig eine sehr geringe. Eine wesentliche Begünstigung des inländischen Tabakbaus müßte den finanziellen Ertrag der Tabaksteuer in Frage stellen und dazu ist, wie übrigens auch noch Schatzsekretär v. Malzahn erklärte, die

Regierung vorläufig nicht geeignet. Was die Frage der völligen Beseitigung der Rübensteuer betrifft, so wird man die Antwort, welche Schatzsekretär v. Malzahn dem Abg. Witte gab, daß nämlich das Schicksal der Londoner Zuckerkonvention wegen Aufhebung der Zuckerprämien im nächsten Sommer zur Entscheidung kommen werde, wesentlich als eine dilatorische ansehen müssen. Daz die Zuckerkonvention an dem Widerpruch des englischen Parlaments gescheitert ist, läßt sich nun einmal nicht in Abrede stellen, wenn auch die englische Regierung eine offene Niederlage durch die Zurückziehung der Vorlage vermieden hat. Eine Erneuerung der Vorlage, falls eine solche beabsichtigt sein sollte, wird zweifellos ein gleiches Ergebnis haben. In England steht man eben gar keinen Anlaß, dem gegenwärtigen Zustand, wo Deutschland auf Kosten der deutschen Steuerzahler dem Auslande billigen Zucker liefert, zu Ungunsten der englischen Konsumenten ein Ende zu machen. Bei dieser Sache wird schließlich doch nichts anderes übrig bleiben, als daß Deutschland aus eigener Initiative heraus das Exportprämienwesen durch die völlige Aufhebung der Rübensteuer beseitigt. Diese Täffnung soll, wie es heißt, im preußischen Finanzministerium Vertretung finden.

Worms, 8. Dezember. Ausführlicher Bericht. Der Kaiser ist heute Nachmittag in Begleitung des Großherzogs von Hessen hier eingetroffen. Die Ehrenkompanie, welche das 118. Infanterie-Regiment gab, hatte sich mit der Regimentsmusik am Bahnhofe aufgestellt, wo sich auch die Söhne der Behörden zur Begrüßung eingefunden hatten. Eine Deputation von Arbeitern überreichte dem Kaiser eine Adresse und einen Lorbeerkrantz, worauf unter Glockengeläute und brausendem Jubelruf der Menge, der Eingang in die festlich geschmückte Stadt erfolgte. Der Kaiser saß in einem offenen vierspanigen Wagen, neben ihm der Großherzog von Hessen. Den ganzen Weg bis zum Festhause bildeten Vereine mit Fahnen und Emblemen aller Art Spalier; hinter dem Wagen folgte die dichtgedrängte Volksmenge, anhaltende und begeisterte Hochrufe ausbringend. Beim Eintritt in das Festspielhaus hielt der Oberbürgermeister Kuehler eine Ansprache an den Kaiser, in welcher er seinen Dank aussprach, daß derartige die Stadt Worms als Gast des Landesherrn mit seinem Besuch ausgezeichnet habe. Der Redner gedachte sodann der Anwesenheit des Kaisers Wilhelm I. und des Kaisers Friedrich in Worms bei der Einweihung des Lutherdenkmals am 25. Juni 1868 und hieß den Kaiser willkommen, der als erster deutscher Kaiser seit 30 Jahren die Stadt eng verbunden, ihre Bürger von Kaiser Heinrich IV. einst die treuesten genannt. Heute schlägen dem Kaiser überall die treuesten Herzen entgegen, doch treuer wie hier nirgends. „Das, Ew. Majestät, ist unser höchster Stolz, und ganz erfüllt von solcher Gestaltung darf ich hoffen, daß Ew. Majestät geruhet mögen, die herzlichsten Willkommen von dem alten Worms entgegenzunehmen.“ Der Kaiser dankte fulminant der herzlichen Empfang.

— Beim Eintritt in das Festhaus erlöste Orgelläute, das Publikum brachte stürmische Hochs auf. Der Kaiser nahm inmitten des Publikums Platz, worauf die Vorstellung begann. Die Festspielvorführung dauerte 2 Stunden. Der Kaiser folgte mit großem Interesse der Handlung. Als derselbe das Festhause verließ, erstrahlte der gegenüberliegende Dom in voller Feuerglut, sowie die ganze Stadt in einem Lichtmeer, welches Schauspiel einen imponierenden Anblick bot. Die Rückfahrt erfolgte an dem Lutherdenkmal vorüber nach dem Bahnhof und von da mittelst Sonderzuges nach Darmstadt. Die dichtgedrängte, freudig erregte Menschenmenge brachte unausgesetzte enthusiastische Ovationen dar.

Generalversammlung des landwirtschaftlichen Provinzialvereins.

Posen, 10. Dezember. Der landwirtschaftliche Provinzialverein für Posen hat gestern in Mylius' Hotel seine diesjährige Generalversammlung abgehalten, welche statt beschworen war. U. a. waren auch der Oberpräsident, Graf v. Bedry-Lüttichau und der General-Landesdirektor v. Staudy anwesend. Der Vorsitzende, Landesökonomist Kennewitz-Klenke eröffnete die Sitzung mit einer Übersicht über das abgelaufene Wirtschaftsjahr. Es könnte über dasselbe der Versammlung leider kein erfreuliches Bild entlocken. Die Ernte sei noch schlechter ausgefallen als im vorigen Jahre, und die Strohnoth habe den höchsten Gipfel erreicht. Die Bandwirthe werden sehr zu thun haben, um ihr Vieh durchzubringen, obwohl die meisten von ihnen ihren Viehstand verringert haben. Das Stroh als Strohmaterial werde erneut werden müssen durch Kartoffeltau, Waldstreu, Erde und Torfreste. Glücklicher Weise seien Kartoffeln und Rüben vorzüglich geraten. Von den Kartoffeln werde man wohl bedeutende Mengen zum Verfüttern übrig behalten. Den höchsten Ertrag hätte die Dabersteine Kartoffel geliefert; die neuen Kartoffelsorten seien unzuverlässig; einige Jahre hindurch liefersten sie reiche Erträge, um dann im Ertrag bedeutend zurückzubleiben. Die billigen Kartoffeln und die hohen Roggenpreise ständen nicht in einem richtigen Verhältnis, und es könnte dieses Missverhältnis auf die Dauer nicht bestehen. Entweder müßten die Roggenpreise fallen oder die Kartoffelpreise steigen. Gegenüber stehen Spiritus, Stärke und Zucker in einem zu niedrigen Preissverhältnis zum Roggen. Seit mehreren Jahren sei die Spiritusproduktion beständig zurückgegangen. Wenn die Fabrikation des Spiritus in mächtigen Grenzen bewege, so sei eine Erhöhung der Preise wohl möglich. Noch mehr als die Spiritus, seien die Stärkepreise gesunken, da die Fabrikation dieses Produktes überall in großen Massen betrieben wird. Eine Zuckerfabrik sei im vergangenen Jahr eingezogen, so daß jetzt noch 15 bestehen, welche 503 288 504 Kg. Zucker, also 100 Millionen mehr als im vorigen Jahr produziert hätten. Wesentliche Veränderungen seien nicht vorgekommen. Zum Schluß wies Redner auf die Umgestaltung der Verwaltungs-Organisation hin und schloß mit dem Wunsche, daß sie zum Segen für die ganze Provinz werden möge.

Darauf referierte Herr Major Endell-Kielz über „die Kontraburückwirkung der ländlichen Arbeiter.“ Das von ihm zum Vortrage gewählte Thema bezieht sich auf einen Antrag, den der landwirtschaftliche Lokalverein Goitz-Sandberg an den Provinzialverein gerichtet und den alsdann der Rüstsal-Verein Rüstsal-Verein, dessen Vorsitzender er sei, angenommen habe. Wenn man in einer so wichtigen Sache etwas erreichen wolle, müsse die Landwirtschaft in ihrer Gesamtheit vorgehen. Er habe das Thema nach folgenden Fragen diskutiert. 1) Genügen unsere heutigen Gesetze, um den Kontrabur zu bekämpfen? 2) Wenn es nicht der Fall ist, welche gesetzlichen Maßregeln würden erwünscht sein, um dem Kontrabur wissenschaftlich zu steuern? und 3) Ist es möglich, dem Kontrabur ohne gesetzliche Bestimmungen zu steuern? Die Frage ad 1. müsse verneint werden, denn die zwangsläufige Burückführung sei nur auf das Etende anwendbar, wo sie aber auch nicht nützt. Auch die Geltendmachung der Entschädigung sei bei den Arbeitern ohne Wirkung, da ihnen der Lohn nicht einbedeckt werden darf, und sie nicht mehr als das Notwendigste an Kleidern u. s. w. haben. Die Bestrafung der Kontraburwirtschaften würden erfüllen müssen, aber die vorzügliche Kommunikation mache es den Arbeitern leicht, sich der Bestrafung zu entziehen. Leider würden sie überall wieder in Arbeit genommen und niemand frage, woher sie gekommen. Auch würde in der Ernte z. B. dem Landmann mit der Bestrafung der Arbeiter wenig dienen sein; denn seine ganze Ernte stände da auf dem Spiele, und es könnten durch den Kontrabur

drück Vermögen verloren gehen. Die heutige Gesetzgebung über diese Frage sei den jetzigen Verhältnissen nicht mehr angemessen. Über die Frage der erforderlichen geleglichen Maßregeln urtheile er etwas anders als der Herr von Gostyn-Sandberg. Dieser habe den Antrag eingebracht, daß der Kontraktbruch nicht bestraft, sondern unmöglich gemacht werde. Jeder Arbeiter soll nach diesem Antrag durch eine Nachprüfung seitens der Polizei den Nachweis führen, daß er kontraktfrei ist; die Arbeitgeber, welche kontraktbrüchige Arbeiter beschäftigen, sollen hart bestraft und regelhaftig gemacht werden. Mit der Regreksicht der Arbeitgeber könne er sich jedoch nicht einverstanden erklären; denn der Verlust des ersten Arbeitgebers sei schon vorhanden, bevor ein zweiter Arbeitgeber den Kontraktbrüchigen engagirt habe. Die Belohnung durch die Polizei würde viel Streitkosten verursachen. Es müßten auch solche Arbeiter, die nur zeitweilig beschäftigt werden, wie z. B. bei der Kartoffelernte, diesen Nachweis der Kontraktfreiheit führen, das sei aber nicht zu verlangen, weil dadurch auch vielfach die freie Bewegung eingeschränkt werden würde. Dem Kontraktbruch kann man nur durch die Einführung von Arbeitsbüchern steuern. Er könne nicht begreifen, warum man eine solche Abneigung gegen das Arbeitsbuch habe. Die Gegner sagten, der Reichstag bewilligte das Arbeitsbuch, und es liefere so nur Stoff gegen die Agrarier. Warum soll denn nicht die Landwirtschaft ihre Schäden aufdecken, wenn Industrie und Handel gleich mit Beschwerden und Resolutionen bei der Hand sind? Er glaube selbst, daß kein Reichstag über eine Forderung von Arbeitsbüchern zur Tagesordnung übergehen werde. Auch halte er es nicht für den richtigen Weg, wenn man sich in dieser Angelegenheit an den Reichstag wendet. Man möge vielmehr vertrauensvoll der Regierung oder dem Reichskanzler die Bitte um Einführung der Arbeitsbücher vortragen. Andere Vereine, auch Handwerkerkreise hätten sich für das Arbeitsbuch ausgesprochen. Der Ostpreußische Provinzialverein habe um die Einführung von Arbeitsbüchern für alle ländlichen Arbeiter petitioniert. Jeder Arbeitnehmer müsse im Besitz eines Arbeitsbuches sein, das 2 Rubriken hat, in welchen Anfang und Ende einer kontraktlich übernommenen Arbeit zu vermerken sein würde. Falsche Eintragungen seien strafbar. Dieses Buch werde von der Polizei ausgestellt und alljährlich von ihr visitiert. Mit diesem Arbeitsbuch hätten die Besitzer wenig und die Arbeiter gar keine Arbeit. Eine Verstränkung der Freizügigkeit könne er in der Einführung der Arbeitsbücher nicht finden. Ohne gesetzliche Bestimmungen lämen die Landwirthe nicht aus. Man habe gefragt, durch Gewährung höherer Löhne, durch Einrichtung besserer Wohnungen, Auszahlungen der Löhne in Raten und Einbehalten von Lohnresten könne man die Arbeiter lebhaft machen. Das Einbehalten von Lohnresten sei gesetzlich unzulässig und mit der ratenweisen Auszahlung würden sich die Leute nicht aufreden geben. Die Wohnungen seien in letzter Zeit bedeutend verbessert worden. Die Aufbesserung der Löhne sei nicht angängig, da es den Landwirthen an Geld fehle und sie sparen müßten; zudem sei die Aufbesserung auch eine Schraube ohne Ende. Der Grund des Kontraktbruches sei in der Bürgellosigkeit der Leute und in ihrem Drange nach Begrämung der gesetzlichen Schranken zu finden. Noch sei die Sozialdemokratie auf dem Lande nicht heimisch; wie aber dann, wenn sie dort Wurzel fahrt und im August etwa ein Streit ausbricht? Den Beweis, daß dieser Fall nicht eintreten werde, könne niemand führen. Die Arbeiterfrage könne nur gelöst werden, wenn die Arbeiter wieder lebhaft gemacht werden. Die Sachengängerei stehe mit dem Kontraktbruch im engsten Zusammenhang. Viele der Kontraktbrüchigen würden durch ihr Nomadenleben nicht glücklich und lebten enttäuscht zurück. Das Proletariat in den großen Städten stamme größtentheils vom Lande. Das Sprichwort: "Bleibe im Lande und nähre Dich redlich" sei auch für unsere Zeit noch immer anwendbar.

Der Korreferent, Landrat Burchard-Schrimm, legt die juristische Seite dieser Frage dar. Sie habe schon in den 70er Jahren den Reichstag beschäftigt, ohne zum Ziele zu führen. Durch den Kontrakt, den er eingeha, stelle der ländliche Arbeiter seine Person und oft seine ganze Familie in den Dienst des Arbeitgebers, während andere Arbeiter nichts ihr eigener Herr blieben. Ein Weber z. B., der übernommen habe, ein gewisses Quantum Garn zu verweben, könne seine Arbeit verrichten, wann es ihm beliebt; er könne sie auch durch andere verrichten lassen. Das deutsche Recht basiert auf dem Römischen Recht. Die Römer hatten keine Gesetze über den Kontraktbruch nötig; denn die nötigen Arbeiten wurden vorsorgsmäßig von Sklaven verrichtet. Das Mittelalter hatte eine feste Ordnung durch die Sünfe, und die ländlichen Arbeiten wurden durch Leibeigene verrichtet, die so lange Schutz fanden, als sie auf der Scholle blieben, an die sie gebunden waren. Die mittelalterlichen Schranken seien jetzt gefallen; denn wir haben die Freizügigkeit der Arbeiter. Der Arbeiterstand sei der feindliche Stand, den wir haben. Der Arbeiter habe nur einen bis zwei Anzüge und das Lohn dürfe ihm nicht beschlagenahmt werden. Man könne ihm also bei einem Kontraktbruch nichts anhaben. Es sei daher ein allgemeines Gesetz nötig, um den Kontraktbruch zu verhindern; der Staat müsse eingreifen, um die Arbeitgeber zu strafen. Die eventl. Bestrafung der Arbeiter und die Einführung einer Legitimation würden die Gefahrenpunkte seien, nach welchen die gesetzlichen Bestimmungen auszuarbeiten seien würden. Der Überschuß am Lohnen, den ein Kontraktbrücher auf einer besseren Stelle erhalten, müsse zur Strafe für den Kontraktbruch beschlagenahmt werden. Jeder Vertrag habe einen privaten Charakter, und bei seiner Nichterfüllung könne man einen Zivilprozeß anstrengen, falls beide Teile nicht vermögenslos sind. Jedoch nehmen oft Verträge einen öffentlichen Charakter an. So wird z. B. der leichtfertige Bankrot mit Gefängnis bestraft. Ebenso müßte der ländliche Arbeiter mit Gefängnis bestraft werden, falls er seinen Vertrag nicht hält. Auch der Arbeitgeber, wenn er wiederholt in leichtfertiger Weise den Kontrakt bricht, müßte mit Haft oder Gefängnis bestraft werden. Im Ueblichen stimme er den Ausführungen seines Vorredners bei, wünsche aber doch die Regreksicht. Landschaftsrath Tschischke-Babin. Er nehme zunächst an, daß willkürlich ein Notstand in Betreff der Arbeiterfrage vorhanden sei. Er glaube nicht, daß im Reichsstaate Preußen ein Gesetz durchgegeben werde, in welchem ein Kontrahent der Arbeitgeber beginnstigt werde. Durch gesetzliche Maßnahmen lasse sich die Arbeiterfrage nicht regeln. Es sei aber auch gar kein Notstand vorhanden. Es gebe eine geringe Zahl von Gütern in der Provinz, welche die Polizei zur Zurückführung der Arbeiter in Anspruch nehme, aber noch eine geringere Zahl von Besiegeln, die mit ihren Leuten in Befriedenheit und Eintracht leben. Aber der Notstand kann und wird wahrscheinlich noch eintreten; denn mit der Verbesserung der Verkehrswege hätten die Arbeiterschaften eine größere Beweglichkeit erlangt. Sie würden wünschen, so gut gestellt zu werden, wie in den wöchentlichen Provinzen. Unsere Arbeiter hätten gegenwärtig keine befriedigende Lebenshaltung; die Industrie-Arbeiter würden mit einer solchen Lebensweise nicht 8 Tage zufrieden sein. (Lebhafte Unruhe und Widerprüch) die Behandlung, die man ihnen angebieten lasse, sei oft sehr schroff und hart. Auf manchen Gütern seien die Ställe der Schweine besser, als die Wohnungen der Arbeiter (Andauernde Unruhe). Bei angestrengter Arbeit hätten manche Arbeiterfamilien oft kaum einmal Fleisch in der Woche. Es sei daher wünschenswert, daß die Voge der Arbeiter eine bessere werde. Dem Notstande müsse vorbeugegt werden. Man müsse bei den jetzigen Verhältnissen die Arbeiter so an fesseln, daß sie die Entlassung als Strafe betrachten. Er sei der Meinung, daß die Sozialdemokratie bei den ländlichen Arbeitern wenig Verständnis finden werde. Die Landwirthe müßten sich befreien, in Bezug auf die Stellung ihrer Arbeiter mit denen in den wöchentlichen Provinzen zu konkurrieren. Er habe bei seinem Personal, das sich seit aus dem Zuwachs ergänzt, nicht über Kontraktbrüchigkeit zu klagen gehabt. Jeder hätte sich einen Hofsanger zu halten, für welchen er ein reichliches Deputat bestimmt habe. Dadurch habe er erreicht, daß ihm kein Hofsanger entlaufen sei. Er nehme keinen Arbeiter an, der nicht eine Lohnfest ist; tüchtigen Leuten gestalte er, sich alle 5 Jahre ein Kalb aufzuziehen. Man sollte sich lieber entschließen, den Arbeitern eine Bulage zu geben, wenn sie tüchtig sind, als durch den Umzug derselben viel

Zeit und Mühe aufzuwenden. Er gebe seinen Leuten nach einem bestimmten Zeitraum eine Bulage, bis sie einen gewissen Maximalkauf erreicht haben. Nach Ausweis seiner Wirtschaftsbücher sei er dabei ganz gut wegkommen. Es sei nicht richtig, die Triparnitschraube bei dem Lohn der Leute anzusezen. Bevor der Antrag des Referenten, dessen Wortlaut er sich jetzt schon denken könne, zum Besluß erhoben werde, möchte er bitten, diesen Besluß nicht zu fassen. Er möchte das Gesetz über die Anstellung verallgemeinert wissen, daß den freien Arbeitern kleine Parzellen von den Gütern abgetreten werden.

Rittergutsbesitzer Wendorf-Zdzietchow: Die Staatsgewalt habe das allergrößte Interesse, den Kontraktbruch zu verhindern. Ohne Arbeitsbuch können wir nicht aus. Es steht auf dem Standpunkt des Referenten. Die Regreksicht sei eine stumpfe, ganz hinfällige Waffe, da der entstandene Schaden nicht genau abgeschätzt werden könne. Ein Streit der ländlichen Arbeiter könnte eintreten, wenn sie baares Geld als Lohn erhalten. Auch er würde eine Verschärfung der Strafe. Der Antrag auf Arbeitsbücher gehe nicht durch; darum bitte er, ihn nicht anzunehmen.

Herr von Bernuth-Borowo hatte auch noch nie mit der Arbeitsteilung zu kämpfen. Es sei Faktum, daß nicht alle Besitzer bei gleicher Lohnhöhe die Arbeiter an fesseln wüssten. Der Gedanke der Selbsthilfe, welchen Herr Tschischke angeregt habe, sei ihm sehr sympathisch; aber man komme damit nicht durch, selbst nicht im besten, wo doch so viel für die Arbeiter gehan wird. Die neuen Gesetze (Unfall-, Altersversorgungs-Gesetz) würden nicht den Strom der Sozialdemokratie hemmen. Es sei nur Abhilfe durch ein Gesetz zu erwarten. Er möchte bitten, die Gesetzgebung zur Regelung dieser Frage in Anspruch zu nehmen.

Herr von Günther-Grazbno: Der Kontraktabschluß seye die Landwirthe oft in größere Verlegenheit als der Bruch desfelden. Denn jeder Vertrag, dessen Wert von 150 Mark übersteige, müsse schriftlich gemacht werden. Da die Arbeiter aber nicht Deutschen verstanden, so müsse der Kontrakt vor einem Notar abgeschlossen werden, was sehr umständlich und mit Kosten verknüpft sei.

Amtsgericht Fund-Paulsdorf: Die Lohnung und Behandlung der Leute seien viel bessere geworden. Sie hätten schon vielfach zweckentsprechende, ordentliche Wohnungen; auch würden sie milde behandelt; sie hätten den Drang in sich, zu ziehen, und daher können die Kontraktbrüche. Es spricht sich dann für den Antrag aus, ebenso Baron von Langemann-Erlenkamp. Die Versammlung beschließt hierauf nahezu einstimmig, daß der Vorstand des Provinzialvereins dem Reichskanzler eine Resolution einreiche, in welcher die Einführung von Arbeitsbüchern für die ländlichen Arbeiter und strenge Bestrafung der Kontraktbrüche erbeten wird, damit diesen willkürlich begegnet werde.

Hierauf referierte Rittergutsbesitzer Wentscher-Simionken über „die Darstellung und Verwendung der Toftstreu“: Die Toftstreu sei ein nicht zu unterschätzendes Siedlungsmauerwerk, in an Stroh armen Wirtschaftsjahren. In vielen Gegenden z. B. Holland werden die Toftstreu in großen Mengen hergestellt und an Landwirthe abgegeben. Pro Tag und Jahr habe man den Bedarf an diesem Surrogat des Strohs auf 21 Kt., pro Kind auf 3 Kilo berechnet. Der Dorf werde in Stücken von 5 bis 6 Zoll Länge auf den Fußböden der Stallungen gelegt und dann werde über denselben etwas Stroh geschüttet. Diese Streu halte ungefähr 14 Tage vor, ohne der Erneuerung zu bedürfen. Die Auflagefähigkeit des Strohs beträgt das 3 bis 4fache seines Gewichts, sie den Toftstreu aber bis das 12fache ihres Gewichts. Hauptzweck bei der Herstellung der Toftstreu sei mit die Trockenheit des Tofts. Nicht jede Stoffart eignet sich gleich gut zur Herstellung eines Stroh-Surrogates. In der Provinz Hannover

bestehe die Toftstreu aus verwesten, aber noch nicht vertrockneten Pflanzenteilen und habe darum eine große Auflagefähigkeit. In unserer Provinz werde von dem vorhandenen Material nur sehr wenig sein, das den Namen Toftstreu verdient; denn unser Toft sei zur Fabrikation der Toftstreu nicht sehr geeignet. Der saure Toft sei ein schlechtes Steuermaterial ab. In der jetzigen Zeit werde der Toft gesäubert und dem Frost ausgesetzt, damit er austrockne. Die Anlage zu Gewinnun, der Toftstreu erfordert ziemlich hohe Ausgaben. In einer Maschine werde der Toft zerkleinert und dann gesiebt. Der Toftmull finde als Desinfektionsmittel gute Verwendung. Bei dem Zerkleinern des Tofts müsse man die Pferde, welche die Maschine in der Regel in Bewegung setzen, vor dem Staub, welcher dabei entsteht, sorglich in Acht nehmen, da er schädlich auf die Gesundheit der Thiere einwirke. Bei unserem Toft sei das jedoch weniger zu befürchten, da der Staub desselben ziemlich schwer sei und gleich zu Boden falle. Bei der unter dem Vieh herrschenden Maul- und Klauenseuche müsse man auf eine gute Streu ganz besonders Rücksicht nehmen. Die Toftstreu finde auch als Düngemittel vielfach Verwendung; doch lasse sie sich nicht überall empfehlen. Räumenlich schade sie handigem Boden, indem sie ihn zu sehr erhitze. Bei der sich an diesen Vortrag anschließenden Debatte, die sonst ohne Belang ist, wird gerathen, von den Toftbrüchen die obere Schicht abzunehmen, sie dem Frost auszusetzen und dann zur Toftstreu zu verarbeiten. Sie gebe dann zum Frühjahr eine gute Streu.

Ab dann erstattet Sandrat v. Rathausius-Obornik Bericht über die Reorganisation des landwirtschaftlichen Provinzialvereins. Es führt aus, daß es sehr wünschenswert wäre, eine Reorganisation des Provinzialvereins herbeizuführen. In unserer Provinz bestehen gegenwärtig 4 größere landwirtschaftliche Verbände: der landwirtschaftliche Provinzialverein, welcher vom Staat eine jährliche Subvention von 57 000 Mark erhält, der Hauptverein für den Regierungsbezirk Breslau, der eine Beihilfe von 4000 M. jährlich bekommt, der Zentralverein für den Regierungsbezirk Breslau, der jährlich 3000 M. und der Verein Lissa-Fraustadt-Kröben, welcher nur 750 M. Subvention für das Jahr erhält. Der Vorstand des Provinzialvereins habe bereits ein neues Statut ausgearbeitet, dessen erster Paragraph sagt, daß letztere 3 Hauptvereine sich mit dem Provinzialverein verschmelzen. Der Minister wünscht, daß der Provinzialverein ein kräftiger werde, als er bisher gewesen. Bis jetzt habe er noch nichts Großes geleistet. Der Redner erinnert an eine der wichtigsten Fragen, welche der Verein je erörtert hat, „an die Hebung der Rentviehzucht“, welche seiner Zeit einem Ausschuß überwiesen worden war, der aber bis jetzt noch nichts darüber berichtet hat. Ja der Rat Brandenburg seien die Verhältnisse bis vor Kurzem denen in unserer Provinz analog gewesen; dort hätten neben dem Provinzialverein noch 2 Hauptvereine bestanden. Man habe sich aber überzeugt, daß durch diese Zersplitterung nichts Erfreuliches geleistet werden könnte, und daher habe man die drei Hauptvereine zu einem einzigen Provinzialverein verschmolzen. Auch sei der Zusammenschluß der Vereine aus Gründen des Deutschthums zu wünschen. Es sei überzeugt, daß kein Mitglied des Hauptvereins für den Regierungsbezirk Breslau gegen die Ausführung des Planes sein werde. Räume die Versammlung der Hauptvereine zu Stande, so müßten in den Vorstand des Provinzialvereins statt der bisherigen 9 dann 16 Mitglieder gewählt werden.

Jährlich würden 2 Sitzungen, eine in Breslau, die andere in Bromberg, abgehalten werden. Der Zentralverein für den Regierungsbezirk sei mit dem Zusammenschluß der Vereine einverstanden, habe aber die Bedingung gestellt, daß sein Vereinsvermögen von 2000 Mark nur zu seinen Gunsten verwendet werde, und daß ausnahmsweise sich auch

3. Klasse 181. Königlich Preuß. Lotterie.

Ziehung vom 9. Dezember 1889. — 1. Tag Vormittag.

Nur die Gewinne über 155 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr.)

| |
|---|
| 36 105 313 (200) 500 64 708 835 911 1141 (300) 84 205 16 |
| 394 482 561 82 746 78 89 94 834 55 80 (200) 932 71 101 72 |
| 302 10 491 518 23 85 713 879 (200) 909 42 3059 167 92 201 |
| 93 346 76 507 610 92 750 61 811 964 1226 227 345 611 58 84 |
| 98 756 825 920 5223 54 366 412 600 708 965 6003 23 34 227 |
| 48 50 513 36 60 716 981 82 711 259 321 518 8192 528 51 |
| 659 775 888 9133 224 47 433 547 67 601 46 718 823 987 |
| 10101 75 (200) 224 609 787 90 11058 (200) 72 173 95 240 |
| 311 487 517 645 700 19 81 99 87 938 12146 254 601 747 881 |
| 983 13219 60 65 307 35 433 664 81 766 837 39 80 (200) 938 |
| 14083 438 97 518 54 840 50 911 78 15104 290 304 513 51 638 |
| 48 956 16070 100 56 282 301 24 649 582 (200) 696 733 821 23 |
| 58 892 707 26 98 17147 71 258 92 356 407 81 518 32 48 76 715 |
| 56 895 912 18056 117 209 45 75 395 456 93 664 752 95 889 |
| 19053 199 815 94 414 62 573 98 631 58 705 44 807 902 43 |
| 20027 31 33 78 355 504 11 49 56 96 731 821 917 22 1010 |
| 227 412 513 766 91 22060 127 69 214 87 307 467 86 524 830 |
| 23007 20 62 147 231 44 409 25 83 87 538 679 96 710 24033 |
| 299 588 628 90 781 837 52 (200) 25029 202 204 48 363 457 |
| 502 43 614 64 976 26019 79 117 77 243 55 318 649 714 38 79 |
| 86 918 26 94 98 27020 83 242 92 97 309 10 72 404 516 39 64 |
| 644 58 (300) 79 708 910 24 36 59 62 28296 419 (200) 34 71 |
| 531 86 937 52 29178 91 303 467 619 715 860 98 |
| 30029 224 303 6 62 64 77 79 548 660 858 31087 228 354 |
| 454 85 738 960 32026 123 39 207 447 74 817 23 36 40 904 68 |
| 33162 365 735 55 66 926 34262 407 604 78 35079 (200) 241 |
| 364 635 68 722 36 52 850 924 94 36235 309 79 85 404 71 508 |
| 39 55 646 761 877 89 959 37018 113-214 77 490 663 725 52 |
| 807 38095 166 296 395 455 522 94 928 40 39033 51 59 80 |
| 117 226 540 58 68 723 813 60 |
| 46188 206 9 821 66 452 504 778 945 61 98 41025 238 48 |
| 366 483 505 612 32 723 82 824 42530 60 456 796 855 991 |
| 43203 47 91 366 403 71 84 569 803 44034 116 48 73 525 51 |
| (300) 622 32 750 898 903 (1500) |

Lokalvereine direkt den Provinzialvereinen anschließen dürfen. Mancher Lokalverein, z. B. Neisse, der über 100 Mitglieder habe, sei rühriger, als der Kreisverein, dem er angehört. Der Verein Bissau-Fraustadt-Krähen sei der kleinste dieser Verbände und eigentlich nicht weiter als eine Kreisvereinigung von 7 Lokalvereinen. Der Redner bittet diesen Verein um seinen Anschluß an den Provinzialverein. Dekommerath Müller-Gutschno ist gegen die Auflösung des Bissauer Hauptvereins, da letzterer, welcher 1855 gegründet worden ist, schon über ein Menschenalter besteht und segensreich gewirkt habe. Würden statt seiner 6 Kreisvereine gebildet, so würden diese gewiß nicht so viel leisten, denn nur Einigkeit macht stark. Er bitte, ihm weiter bestehende zu lassen und die Zahl seiner Delegierten von 3 auf 6 zu erhöhen. Die Herren Freiherr v. Wilamowitz-Möllendorf und Amtsrath Seer-Richtow widerlegen ihn jedoch. Bei der Abstimmung wird die Verschmelzung der 4 Verbände zu einem Provinzialvereine fast einstimmig angenommen. Wegen der vorgedrängten Zeit beschloß die Versammlung, den 4. Punkt, die Verwerthung der genossenschaftlichen Vereinigung in der Landwirtschaft, von der Tagesordnung abzusezen. Es wurde hierauf die Sitzung geschlossen. Dieser Generalversammlung folgte ein Mittagsmahl in Mylius Hotel.

Aus der Provinz Posen und den Nachbarprovinzen.

I Bromberg, 8. Dezember. [Einführung. Neue Kaserne. Generalversammlung. Stiftungsfest.] In der gestrigen Stadtverordnetenversammlung erfolgte durch Herrn Oberbürgermeister Bachmann die Einführung unseres neuen Stadtraths, des früheren Reichsanwalts Dahmenstaedt von hier. — Es steht nun mehr zweifellos fest, daß Bromberg noch ein Regiment Infanterie in Garnison bekommt. In der verlängerten Rintauerstraße wird nämlich von Herrn Gobnfeld auf dem dort gebürgten Bauplatz ein großer Kasernenbau ausgeführt. Gegebenenfalls beschränkt sich dieselbe auf die Herstellung zweier großer Baracken, die aber bis zum nächsten Frühjahr fertig gestellt sein müssen, so daß sie bezogen werden können. Dann soll mit dem Bau der grossen massiven Kaserne auf demselben Platze vorgegangen werden. Das Bauterrain ist dreißig Morgen groß. — Gestern hielt in Doris Hotel der Osthessische Zweigverein für Alten-Buder-Industrie seine XIV. Generalversammlung ab. Nach einer geschlossenen Sitzung, in welcher die notarielle Wahl des Vorstandes und die Rechnungslegung erfolgte, fand die öffentliche Versammlung statt. Den Vorsitz führte Direktor R. Grundmann-Tapiau. Aus den der Versammlung gemachten Mittheilungen des selben über die geschlossene Sitzung ist zu entnehmen, daß bei der in dieser Sitzung erfolgten Vorstandswahl zum Vorsitzenden Direktor R. Grundmann-Tapiau und zum Schriftführer Direktor Berndes-Culmsee gewählt wurde, daß ferner das Vermögen des Vereins sich auf 2800 M. beläuft. Nach weiteren geschäftlichen Mittheilungen in Bezug auf Vereinsangelegenheiten sprach Direktor Grundmann über die Frage: Ist die Begründung einer Zuckerbank ein Bedürfnis für die deutsche Industrie? Er führte aus, daß die Idee zur Gründung einer solchen Bank in den Hannoversch-Braunschweigischen Vereinen aufgetaucht sei. Nur sei man noch nicht einig, ob man sich für eine internationale oder nur deutsche Zuckerbank interessiren soll. Nachdem Redner sich noch eingehend über die Zuckerindustrieverhältnisse u. s. w. ausgelassen, kam er zu dem Schlusse, daß letztere wieder durch eine internationale noch deutsche Bank gebedient werden können.

3. Klasse 181. Königlich Preuß. Lotterie.

Ziehung vom 9. Dezember 1889. — 1. Tag Nachmittag.

Nur die Gewinne über 155 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigelegt. (Ohne Gewähr.)

130 215 394 492 592 653 (200) 728 45 816 1074 111 26 273

345 526 67 730 38 881 (200) 131 32 320 412 66 82 94 99 752

835 44 3009 158 578 641 (200) 792 813 910 75 4095 78 318

57 462 565 620 758 86 5104 83 209 80 400 700 29 6061 256

549 73 689 789 809 19 3067 420 693 702 15 (200) 39 829 915

8033 155 94 212 312 61 499 514 642 46 905 50 9004 169 219

327 81 540 844 10000 19 11052 91 145 274 (5000) 414 32 572 620 708 25

12447 51 579 813 58 805 934 13132 205 379 81 (300) 512 49

893 976 14014 (200) 58 115 31 298 354 403 558 98 660 722

15013 334 409 18 47 (200) 88 567 700 64 99 822 16085 98 180

81 524 620 91 730 74 92 892 17136 213 321 415 40 (500) 573

664 72 18163 (200) 94 306 45 562 746 821 19013 15 144 45

219 322 43 582 673 711 63 82 91 921 74

20063 149 232 (500) 473 560 696 801 12 97 959 61 21105

561 472 562 653 70 83 732 34 44 83 825 35 971 76 22055 291

440 98 504 46 61 884 980 23127 (500) 33 230 58 60 321 84

581 53 625 61 724 98 853 927 36 72 72 24103 93 97 507 75

(200) 606 757 865 25344 801 11 76 93 931 26039 (300) 667

736 980 21100 24 269 367 884 446 537 75 622 701 45 82 964

70 28148 245 47 72 324 38 74 442 565 97 634 45 707 833 70

941 85 20058 108 58 212 25 392 436 582 652 881 69 925 99

30012 370 413 686 737 75 84 885 927 16004 54 70 148 329

511 19 63 610 37 78 771 840 951 89 23204 12 54 69 70 97 349

446 527 52 772 813 2304 281 342 408 52 71 589 813 82 91

900 34273 384 449 529 635 68 74 75 783 821 42 974 86 5077

198 215 36 67 447 56 67 94 (500) 571 78 697 720 922 36010

246 89 346 448 865 94 37007 109 87 425 512 870 79 923 47 88

38181 239 324 442 67 77 86 547 622 737 821 76 39012 215 52

341 476 521 50 64 65 777 847 40002 30 310 438 60 509 839 949 50 96 41062 120 (200) 43

225 43 58 333 609 972 42015 133 205 253 80 87 358 503 89

(1500) 781 823 96 993 (200) 43087 130 61 91 524 53 842 94

(500) 913 28 44018 47 65 346 87 467 541 657 797 829 45050

56 112 (300) 55 (200) 65 377 98 506 691 706 73 859 918 16012

18 (200) 25 101 (300) 98 223 38 656 742 826 81 68 (200) 997

47001 272 80 394 553 79 683 762 917 83 94 45286 370 476

516 (3000) 26 77 725 942 49001 88 104 78 85 374 421 86 554

735 47 803 22 41 50032 74 143 211 411 514 74 669 98 700 33 94

79 107 220 50 390 501 32 94 745 79 866 52427 658 (200) 744

830 51 53385 578 96 (200) 648 831 927 60 52024 8 748 80 821

28 77 930 74 55000 177 279 350 81 480 600 735 962 56090 93

223 27 41 532 613 93 769 52047 146 237 83 356 410 83 528 82

91 775 891 58036 73 459 509 (200) 36 611 795 861 78 97 800

59324 283 323 71 491 675 799 852

60032 67 90 109 25 86 329 64 71 472 74 669 98 700 33 94

827 55 58 955 61060 102 46 208 97 98 306 90 441 558 69 823

300 52 62087 144 219 54 99 365 427 99 608 (300) 39 729

63188 280 382 552 93 620 69 744 902 51 64131 213 (300) 417

53 58 (200) 525 606 11 18 715 845 988 65007 167 223 97 321

418 715 42 843 66172 267 382 472 558 92 98 656 66 68 795

62137 54 85 214 59 426 503 602 719 25 (500) 834 60 959 68127

250 339 491 506 25 56 649 92 809 939 69022 181 89 337 55

448 600 714 840 95 980

20081 346 400 (200) 640 819 71014 50 92 550 400 40 72 500

55 59 62 626 70114 534 613 42 86 72 72 73054 173 466

(300) 92 564 (300) 633 903 33 54 34278 461 600 42 799 834 75052

156 204 18 520 93 603 706 44 96 832 90 996 76318 73 408 35

684 743 920 73016 127 32 86 231 405 536 82 637 708 18 78073

188 75 278 327 430 (200) 85 642 775 91 888 79015 249 80 336

46 433 619 709 811 48 76

60058 84 130 49 51 (200) 468 756 65 96 958 81002 8 82 583

538 56 73 82 675 747 837 63 83037 170 229 38 97 304 27 447

547 828 82 935 64 84143 80 98 269 77 710 809 95 95018 (500)

60 206 15 316 61 432 500 668 764 844 67 83007 50 286 414 15

33 557 610 704 875 963 96 87015 134 78 235 301 473 845 937

88029 36 422 30 40 578 624 706 869 999 8260 91 341 62 605

816 68 927 32 90

90019 227 44 307 (200) 76 93 549 666 715 876 901 30 (300)

64 91099 245 60 61 347 (500) 79 544 789 883 87 92105 32

269 310 492 686 91 808 15 91 92 83008 43 (200) 106 40 202

dies vielmehr nur geschehen könnte, wenn man in unserer Wirtschaftspolitik zu anderen Ansichten käme und wenn dadurch sich eine Veränderung des Zuckerzolls ermöglichen ließe, denn durch die Billigkeit des Zuckers steigere sich der Konsum. — Andere Redner sprechen sich in der Haupstheorie im gleichen Sinne aus. Die Versammlung stimmte schließlich einem eingebrachten Antrage zu, nach welchem die Beantwortung obiger Frage hinausgeschoben werden soll, bis eine deutsche Bank ins Leben tritt. — Die nun folgenden Vorträge, an die sich mehr oder minder längere Debatten schlossen, berührten mehr chemisch-technische Fragen des Zuckerfabrikbetriebes. Die Versammlung wähnte von Vormittags 11 Uhr bis Nachmittags 31 Uhr. — Die fristige freiwillige Feuerwehr feierte gestern Abend im Gesellschaftshause das Fest ihres 25jährigen Bestehens. Dem Feste wohnte u. a. auch Oberbürgermeister Bachmann bei.

LOKALES.

Boden, 10. Dezember.